

## Präsident Magufuli macht sich Feinde im eigenen Lager

**Im Juli 2016 hat der tansanische Präsident John Magufuli das Amt des Vorsitzenden der Regierungspartei CCM übernommen. Bereits in seiner Antrittsrede kündigte er tiefgreifende Reformen für die am längsten regierende Partei Afrikas an. Die dann im März 2017 beschlossenen Umstrukturierungen und einige fragwürdige Entscheidungen des Präsidenten in den letzten Wochen haben dazu geführt, dass sich viele Mitglieder und Amtsträger der CCM vor den Kopf gestoßen fühlen. Bis jetzt hat das nur zu indirekt geäußelter Kritik innerhalb seiner Partei geführt. Ob sich daraus in Zukunft größere Probleme für den Präsidenten entwickeln werden, hängt davon ab, ob er seine Politik ändern wird.**

Traditionell übernimmt der neu gewählte Präsident Tansanias nach etwas mehr als einem halben Jahr auch den Vorsitz der Regierungspartei von seinem Vorgänger. Im letzten Jahr wurde diese Übergabe von Ex-Präsident Kikwete auf den Ende Oktober 2015 gewählten Präsidenten Magufuli aus zweierlei Gründen mit Spannung erwartet. Zum einen tat sich Jakaya Kikwete sichtlich schwer damit, dem ungeschriebenen Gesetz der Übergabe des Postens an seinen Nachfolger zu folgen. Als erster Ex-Präsident überhaupt hatte er sich noch ein Büro in der Parteizentrale einrichten lassen, empfing dort amtierende Minister der neuen Regierung und machte bis in den Mai 2016 hinein keine Anstalten, dieses Amt abzugeben. Zum anderen war und ist der neu gewählte Präsident keiner, der bisher Karriere in der Partei gemacht hat. Anders als seine Vorgänger, war er nie etwas anderes als einfaches Mitglied, trotz seiner jahrzehntelangen Mandate als Minister unter den zwei Präsidenten vor ihm. Aus diesen Gründen fragten sich auch viele Mitglieder der Regierungspartei, ob Präsident Magufuli überhaupt den Vorsitz der Partei übernehmen wollte und wie stark ein Parteivorsitzender sein könne, der bisher nie ein Netzwerk innerhalb der Partei aufgebaut hatte.

Für viele überraschend war dann der sehr geräuschlose Übergang der Macht innerhalb der Regierungspartei CCM. Erst im Mai verkündete der Vorsitzende Kikwete seinen Rückzug zum Parteitag im Juli 2016, an dem Präsident Magufuli dann ohne eine Gegenstimme zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde. Bereits während seiner ersten Rede als neu gewählter Vorsitzender verkündete er dann aber zwei Reformvorhaben, die vielen der Delegierten vermutlich nicht besonders gefallen haben dürften. Als erstes stellte er tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Regierungspartei vor, die im Verlauf des Jahres 2016 ausgearbeitet wurden. Das besondere an den im März 2017 auf einem Sonderparteitag beschlossenen Reformen ist, dass viele der Gremien der Partei radikal verkleinert wurden. Diese Gremien waren für sehr viele altgediente Parteifunktionäre eine zusätzliche Einkommensquelle und wichtige Statusfunktion. Diese Posten fallen jetzt für mehrere Hundert Mitglieder weg, was zu erheblicher Unruhe innerhalb des CCM geführt hat. Das zweite vorgestellte Reformvorhaben war der Beschluss des Präsidenten, dass die gesamte Regierung Tansanias, inklusive aller Beamten, in mehreren Etappen in die Hauptstadt Dodoma im Landesinneren umziehen muss. Die ersten Ministerien sind bereits bis Ende Februar 2017 umgezogen.

Sämtliche Kommentatoren sind sich allerdings einig, dass der Umzug von der größten Stadt des Landes in die nur etwa 250.000 Einwohner zählende Hauptstadt überstürzt und schlecht geplant ist. Bis jetzt ist die Infrastruktur weder für die Unterbringung der Ministerien noch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

DANIEL EL-NOSHOKATY

April 2017

[www.kas.de/tansania](http://www.kas.de/tansania)

für die Unterbringung und Versorgung der Mitarbeiter und ihrer Familien ausreichend ausgebaut. Die drei bisher umgezogenen Ministerien sind auf absehbare Zeit in den Gebäuden der Universität von Dodoma untergebracht worden. Es fehlt in der Stadt aber auch an Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern, Einkaufsmöglichkeiten und der Grundversorgung von Strom, Wasser und Straßen. Da die meisten Beamten in den Ministerien Mitglieder der Regierungspartei sind, müssen diese jetzt entweder getrennt von ihren Familien leben und arbeiten, oder ihre Familien müssen mit ihnen mitten im Schuljahr umziehen. Diese beiden allein vom Präsidenten beschlossenen tiefgreifenden Veränderungen haben zwar zu keiner offenen Kritik geführt, jedoch haben viele Mitglieder von CCM entweder ihren Posten verloren oder stehen vor einem Umzug.

### **Gefährliches Spiel mit der Armee und den Parteifreunden auf Sansibar**

Ein zentrales und sehr begrüßenswertes Ziel von Präsident Magufuli ist es, die Einnahmen des Staates effizienter zu gestalten. Dafür hat er – ähnlich wie in seiner eigenen Partei – viele von ihm als überflüssig oder verschwenderisch deklarierte Projekte, Mandate und Abmachungen zurückgefahren oder ganz abgeschafft. Ein Baustein seiner Politik ist es auch, ausstehende Zahlungen an den Staat ultimativ einzufordern. Ein ebenso wichtiges, aber in der Konsequenz für den Präsidenten auch gefährliches Beispiel, sind die ausstehenden Zahlungen an den staatlichen Stromanbieter TANESCO. Am 9. März hatte der designierte Vorsitzende von TANESCO mit Rückendeckung des Präsidenten alle Schuldner von TANESCO aufgefordert, ihre Rechnungen innerhalb von 14 Tagen zu begleichen. Die ausstehenden Rechnungen belaufen sich laut seiner Aussage auf umgerechnet etwas mehr als 111 Mio. Euro. Gleichzeitig erließ Magufuli ein Dekret, wonach säumigen Kunden nach Ablauf des Ultimatums der Strom abgestellt werden solle. Sehr medienwirksam ließ er verlauten, dass selbst in seinem eigenen Amtssitz die Lichter ausgehen, wenn er seine Rechnung nicht pünktlich bezahlt haben sollte.

Der Präsident wollte mit diesem Ultimatum zum wiederholten Male Tatandrang demonstrieren, hatte aber nicht beachtet, dass zwei der größten Schuldner von TANESCO aus seinem eigenen politischen Lager kommen: Die ebenfalls von der Regierungspartei CCM geführte teilautonome Insel Sansibar und die Armee Tansanias. Die offenen Rechnungen der Armee belaufen sich umgerechnet auf etwas mehr als 1.2 Mio. Euro. Durch das Ultimatum des Präsidenten sah sich der Stabschef der Armee noch am Abend des 26. März gezwungen, eine Pressekonferenz abzuhalten. Darin verkündete er, dass die Armee in einem ersten Schritt etwa 400.000 Euro an TANESCO überweisen würde und die restliche Summe dann in Ratenzahlungen beglichen werden sollten. Diese Summe musste die Armeeführung aus dem laufenden Haushalt aufbringen und dem Stabschef war anzusehen, dass er nicht besonders erfreut darüber war. In der Pressekonferenz sagte er, dass die Sicherheit des Landes in Gefahr sei, wenn die Armee keinen Strom mehr hätte und deshalb solle diese Angelegenheit mit entsprechender Sorgfalt behandelt werden.

Noch gravierendere Auswirkungen hatte das von Präsident Magufuli erlassene Dekret auf Sansibar. Die Schulden des dortigen – ebenfalls staatlichen – Stromanbieters bei TANESCO belaufen sich aktuell auf mehr als 51 Mio. Euro. Diese Summe ist über die letzten Jahrzehnte zustande gekommen, da die Endkunden auf den Inseln effektiv weniger für den Strom zahlen, als TANESCO von der Regierung Sansibars dafür verlangt. Bis Ende Februar 2017 hat sich aber nie jemand ernsthaft darum bemüht, die Schulden Sansibars einzutreiben, da es sich hierbei immer um eine politische Angelegenheit handelte. Die sansibarische Bevölkerung fühlt sich seit der Vereinigung mit dem Festland 1964 von diesem benachteiligt und die auf den Inseln traditionell sehr starke politische Opposition CUF wird ebenso traditionell bei Wahlen systematisch von der Regierungspartei um ihren Sieg betrogen, was das Gefühl der Bevormundung durch das Festland und durch die auf dem Festland ebenfalls regierende CCM nur verstärkt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**TANSANIA**

DANIEL EL-NOSHOKATY

April 2017

[www.kas.de/tansania](http://www.kas.de/tansania)

Aus diesem Grund hat es in den vergangenen Jahrzehnten niemand in der Regierungspartei gewagt, die offenen Rechnungen bei TANESCO einzufordern. Man wollte nicht noch weiteres Öl ins Feuer zu gießen. Am 12. März hat Präsident Magufuli aber genau das getan. Während einer Versammlung im südöstlichen Mtwara verkündete er, dass sein Dekret auch für Sansibar gilt und der Insel der Strom abgestellt werden soll, wenn die dortige Regierung nicht zahlen würde. Er hat damit seinen eigenen Parteifreunden gedroht, ihnen den Strom abzustellen, was unvorhersehbare Folgen für die mehr als 1,5 Mio. Menschen auf den Inseln gehabt hätte, die sich selbst unverschuldet in dieser Situation befinden, da sie ja schließlich ihre Rechnungen an den sansibarischen Stromversorger bezahlt hatten. Die drohende Abschaltung des Stroms führte schlussendlich dazu, dass der Präsident Sansibars kurz vor Ende des Ultimatums nach Dar es Salaam zu einem Gespräch hinter verschlossenen Türen mit Präsident Magufuli reiste. Danach wurde eine halbherzige Einigung verkündet, wonach Sansibar nun anfangen würde, die Schulden Stück für Stück abzutragen. Besonders große Begeisterung hat das Ultimatum und das präsidentielle Dekret bei den Parteifreunden auf Sansibar aber ganz und gar nicht ausgelöst.

### **Gängeleien gegen die eigenen Abgeordneten**

Mitte März 2017 drohte Präsident Magufuli den Abgeordneten seiner eigenen Partei in einer Sitzung hinter verschlossenen Türen mit der Auflösung des Parlaments. Vorausgegangen war die Initiative der größten Oppositionspartei CHADEMA, ein Misstrauensvotum gegen den Premierminister in das Parlament einzubringen. Die tansanische Verfassung sieht nicht vor, dass der Präsident durch das Parlament abgesetzt werden kann. Um ihrer Unzufriedenheit mit dem Präsidenten und seiner Regierung Ausdruck zu geben, hatte CHADEMA daher Anfang März laut darüber nachgedacht, die wenigen Mittel ausschöpfen zu können, die dem Parlament zur Verfügung stehen. Das Parlament muss dem vom Präsidenten vorgeschlagenen Premierminister das Vertrauen aussprechen, kann es ihm aber auch wieder entziehen. Die Idee eines solchen Misstrauensvotums wurde daher von CHADEMA ins Spiel gebracht und fand überraschend viel Sympathie bei Abgeordneten der Regierungspartei, ohne, dass diese das aber öffentlich äußerten. Unter immer mehr Abgeordneten verbreitet sich das nicht ganz unberechtigte Gefühl, dass der Präsident und seine Regierung das Parlament nicht in angemessener und auch nicht in gesetzlich vorgeschriebener Form an seiner Politik beteiligt.

Die Sympathien für einen Misstrauensantrag führten dann dazu, dass Präsident Magufuli in einer internen Sitzung mit allen Abgeordneten der Regierungspartei Teile des „Riot Act“ vortrug, wonach er die Befugnis hätte, das Parlament aufzulösen. Sollten die Abgeordneten dem Premierminister das Misstrauen aussprechen, würde er ihn erneut als Kandidaten vorschlagen und würde er dann nicht vom Parlament gewählt, könne er das Parlament auflösen. Alle Abgeordneten, die gemeinsame Sache mit der Opposition machen, seien Verräter an der Regierungspartei CCM. Diese Lektion in Sachen präsidentieller Macht wird sicherlich unter den Abgeordneten von CCM nicht zu einer gestiegenen Begeisterung für ihren Präsidenten führen. Klares Indiz dafür ist, dass der Inhalt der hinter verschlossenen Türen veranstalteten Sitzung bereits nach kurzer Zeit von vielen unterschiedlichen Quellen verbreitet und bestätigt wurde.

### **Verwirrende Prioritäten und Loyalitäten**

Tansania ist in 31 Regionen unterteilt. Der Präsident ernennt für jede dieser Regionen einen „Regional Commissioner“ (RC), der die Regierung auf dieser Verwaltungsebene repräsentiert. Präsident Magufuli hat im Jahr 2016 die Mehrzahl der RCs neu besetzt. Der wohl prominenteste ist der RC für Dar es Salaam. Bereits kurz nach seiner Ernennung durch den Präsidenten hat sich Paul Makonda als das verlängerte Sprachrohr seines Dienstherrn einen Namen gemacht, der mit sehr viel Tatendrang und noch mehr medienwirksamen Auf-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

TANSANIA

DANIEL EL-NOSHOKATY

April 2017

[www.kas.de/tansania](http://www.kas.de/tansania)

treten die Aufmerksamkeit auf sich lenkt. Mit Duldung des Präsidenten hat Makonda dann am 8. Februar eine Liste von 65 angeblichen „Drogenbaronen“ veröffentlicht, die für den Großteil des Drogenhandels in ganz Tansania verantwortlich seien. Die Veröffentlichung der Namen hat für ebenso viel Aufmerksamkeit wie Kritik gesorgt, da es keinerlei polizeiliche Ermittlungen gegen die Personen gab und der RC von Dar es Salaam nicht dafür zuständig ist, den landesweiten Drogenhandel einzudämmen. Neben vielen Geschäftsleuten sind auf der Liste auch ein Bischof und der Vorsitzende von CHADEMA zu finden. RC Makonda ordnete dann bei der Pressekonferenz an, dass alle diese Personen sich innerhalb von wenigen Tagen in Dar es Salaam bei der Polizei zu einer Befragung und medizinischen Untersuchungen einfinden müssen. Obwohl der RC einer Region laut Gesetz dazu nicht befähigt ist, mussten die genannten Personen seiner Anordnung Folge leisten, da sich der Präsident hinter Paul Makonda stellte und in der Folge die Polizei die betroffenen Personen vorlud. Dennoch hat die Veröffentlichung der Namen auch in der eigenen Regierung für Irritationen gesorgt, da dies eigentlich in den Verantwortungsbereich des Innenministers fällt und dieser in der Folge die Herausgabe der Namen ohne vorherige polizeiliche Untersuchung auch kritisierte.

Durch die eindeutige Überschreitung seiner Kompetenzen ist der RC Makonda in den letzten Wochen allerdings stark in die Defensive geraten. Das hat auch damit zu tun, dass kurz nach der Veröffentlichung der Liste Zweifel an der Eignung des RC für sein Amt aufgekommen sind. Im Ergebnis haben mehrere Zeitungen eindeutige Beweise vorlegen können, dass es sich bei dem RC nicht um Paul Makonda handelt, sondern dieser die Identität einer anderen Person angenommen hat. Nach Recherchen mehrerer Journalisten hatte der RC die Schule nicht erfolgreich abgeschlossen. Um aber studieren zu können, hatte er die Identität von Paul Makonda angenommen und die Zeugnisse dieser Person vorgelegt. Die vorgebrachten Beweise haben jedoch nicht dazu geführt, dass der RC zurücktrat oder er vom Präsidenten entlassen wurde. Ganz im Gegenteil: Präsident Magufuli hat in den vergangenen Wochen mehrmals ganz klar verlautbaren lassen, dass nur er die Befugnis hat, einen RC zu benennen und auch wieder abzurufen, sonst niemand. Er hätte Paul Makonda nach besten Wissen und Gewissen ausgewählt und würde an ihm festhalten.

Der bisherige Höhepunkt der „Affäre Makonda“ ereignete sich dann am 19. März 2017. An diesem Abend verschaffte sich der „Regional Commissioner“ in Begleitung von bewaffneten Sicherheitskräften gewaltsam Zugang zu einem Radiosender der „Clouds Media Group“ und verlangte die Ausstrahlung eines Beitrages, in dem eine Frau behauptet, sie hätte ein uneheliches Kind von eben jenem Bischof, der auf der Liste der angeblichen Drogenbarone steht. Dieser war nach der Nennung seines Namens zu einem der größten Kritiker von Paul Makonda geworden. Nach Aussage der Mitarbeiter des Radiosenders wurde ihnen Gewalt angedroht, falls sie den Beitrag nicht senden würden. Erst nach etwas mehr als einer Stunde verließ der RC mit den Sicherheitskräften unverrichteter Dinge wieder den Radiosender.

Der widerrechtlich herbeigeführte Zugang zum Radiosender mit bewaffneten Sicherheitskräften und die Androhung von Gewalt gegenüber den Mitarbeitern hat eine Welle von Protesten, insbesondere von Vertretern der Medien, hervorgerufen. Ein Großteil der Journalisten beschloss daraufhin einen Boykott des RC und plant nicht mehr über seine Aktivitäten berichten. Der Informationsminister sah sich veranlasst, eine Kommission einzuberufen, die den Vorfall untersuchte. Bei der Vorstellung des Untersuchungsberichts am 22. März kritisierte Minister Nape Nnauye dann auch das Vorgehen des RC und erklärte, er würde den Abschlussbericht an Präsident Magufuli weiterleiten, damit dieser entsprechende Konsequenzen ziehen könne. Bereits am gleichen Tag zog der Präsident auch Konsequenzen, allerdings andere als erwartet. Noch am Nachmittag des 22. März verkündete der Sprecher des Präsidenten eine Kabinettsumbildung. Ergebnis ist, dass der Informationsminister Nnauye seines Amtes enthoben wurde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**TANSANIA**

DANIEL EL-NOSHOKATY

April 2017

[www.kas.de/tansania](http://www.kas.de/tansania)

In den folgenden Tagen verbat sich der Präsident erneut sämtliche Einmischungen in seine Personalpolitik, kritisierte die Medien scharf für ihre Berichte zu RC Makonda und erklärte zum wiederholten Male, dass nur er das Mandat habe, Personen zu entlassen. Dieses Handeln des Präsidenten hat – neben sehr starker Kritik in den Medien und in der Öffentlichkeit – auch erstmals dazu geführt, dass einzelne Abgeordnete von CCM erklärten, nicht mehr mit RC Paul Makonda zusammen arbeiten zu wollen. Damit hatte der Präsident zum ersten Mal sichtbar indirekte Kritik aus den eigenen Reihen auf sich gezogen. Da der Ex-Minister Nnauye zudem sehr gut in der Regierungspartei vernetzt ist und der amtierende Generalsekretär von CCM als sein Ziehvater gilt, hat sich der Präsident mit dem bedingungslosen Festhalten an dem „Regional Commissioner“ und der Entlassung seines eigenen Ministers in der Partei ganz sicher keine Freunde gemacht.

Mit den genannten Maßnahmen hat sich Präsident Magufuli in seiner eigenen Partei, unter den CCM-Abgeordneten, bei seinen Parteifreunden auf Sansibar in der eigenen Regierung und auch in der Armee Feinde gemacht. Auch wenn es nicht zu erwarten ist, dass von seinen Parteifreunden in nächster Zeit sein Rücktritt gefordert wird, so könnte es doch zu offener Kritik am Präsidenten aus dem eigenen Lager kommen, was bis vor kurzem noch undenkbar war. Dabei braucht der Präsident Tansanias diese wichtigen Bausteine – Partei, Abgeordnete, Regierung und Sansibar – als Machtbasis. Ohne die volle Unterstützung der Partei wird es für den Präsidenten schwer, bei den nächsten Wahlen gegen die immer stärker werdende Opposition zu bestehen. Die bis zum Ende des Jahres anstehenden internen Wahlen in CCM könnten bereits der nächste Test dafür sein, inwieweit die Partei beginnt, sich gegen ihren Vorsitzenden zu wenden. Gelingt es dem Präsidenten hier nicht, wichtige Schlüsselpositionen mit seinen Wunschkandidaten zu besetzen, wäre das ein ganz klares Signal der Opposition gegen Magufuli aus der eigenen Partei heraus.